

Friedenspolitische Resolution der AG Globalisierung und Krieg für den Herbststratschlag 2017

Die AG Globalisierung und Krieg beantragt beim Herbststratschlag 2017 die Verabschiedung folgender Resolution:

Attac fordert im Rahmen seiner friedenspolitischen Aktivitäten im kommenden Jahr von der Bundesregierung und den Bundestagsabgeordneten, sich insbesondere dafür einzusetzen,

1. im Bereich der Drohnen
 - o die Herstellung und den Einsatz von bewaffneten Kampfdrohnen zu international zu ächten
 - o keine bewaffneten oder bewaffnungsfähigen Kampfdrohnen anzuschaffen, zu mieten oder zu entwickeln
 - o keine Soldat*innen für den Einsatz von Kampfdrohnen auszubilden
 - o jegliche Beteiligung an Einsätzen bewaffneter Drohnen – auch die von anderen Staaten – und jegliche Duldung der diesbezüglichen Nutzung von Einrichtungen auf deutschem Staatsgebiet zu beenden
2. im Bereich der Atomwaffen
 - o den Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten
 - o den Ausstieg Deutschlands aus der „nuklearen Teilhabe“ zu vollziehen
 - o den Abzug aller in Deutschland stationierten Atomwaffen anzuordnen
3. im Bereich Auslandseinsätze der Bundeswehr
 - o sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr sofort zu beenden
 - o eindeutig klarzustellen, dass die militärische Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen illegal ist, und entsprechend zu handeln
4. im Bereich der Rüstungsexporte und der militärischen Unterstützung anderer Staaten oder Milizen
 - o Rüstungsexporte und militärische Unterstützung für Kriegs- und Konfliktgebiete ausnahmslos zu verbieten
5. im Bereich EU-Militarisierung
 - o sich der derzeitigen Militarisierung der EU entgegen zu stellen und sie auf Null zurückzufahren
 - o die Verpflichtung der Nationalstaaten zur Aufrüstung im Vertrag von Lissabon zu streichen
6. im Bereich Militärhaushalt
 - o die Bemühungen, das so genannte 2%-Ziel der NATO zu erreichen, einzustellen und im Gegenteil dazu den Militärhaushalt zu Gunsten sozialer Aufgaben drastisch zurück zu fahren
7. im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Entmilitarisierung der Gesellschaft
 - o die Mittel (a) für nachhaltige Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung und (b) für humanitäre Maßnahmen in Kriegs- und Krisengebieten signifikant zu erhöhen

Attac appelliert an alle Attacies, sich in diesem Sinne einzusetzen.

Begründung:

Bereich Drohnen

Bewaffnete Kampfdrohnen sind für aggressive Einsätze gegen Bevölkerungen geeignet, die selbst über keine Luftabwehr-Verteidigung verfügen. Das Waffensystem wird gegenwärtig vorwiegend als bevorzugte Strategie der Kriegsführung im zeitlich und räumlich entgrenzten "Krieg gegen den Terror" eingesetzt.

Die sich ständig ausweitenden Drohneneinsätze senken die Hemmschwelle zu größeren Kriegen, sind eine der Ursachen für die Flüchtlingsbewegungen [4] und für den zunehmenden internationalen Terrorismus. Sie untergraben auf gefährliche Weise das internationale Völkerrecht. Die UNO, das Europäische Parlament sowie mehrere

international angesehene Menschenrechts-NGOs haben wiederholt ihre Besorgnis hierüber stark zum Ausdruck gebracht.

Bereich Atomwaffen

Atomwaffen sind besonders grausame und zerstörerische Massenvernichtungswaffen. Der Einsatz von Atomwaffen kann den ganzen Planeten für Menschen unbewohnbar machen. Die weltpolitische Lage wird chaotischer und Staaten wie Russland oder die USA haben jederzeit 1.200 Atomwaffen auf der höchsten Alarmstufe stehen.

Bereich militärische Auslandseinsätze

Militärische Auslandseinsätze verschärfen in der Regel Konflikte und tragen damit zu noch größerem Leid in der Bevölkerung bei. [3] Beim Einsatz gegenüber sog. Terrorgruppen dienen sie darüber hinaus als Nährboden zur Schaffung von Terrorist*innen. Deutschland wird nicht militärisch angegriffen. Terroranschläge in Deutschland werden nicht von anderen Staaten durchgeführt und stellen somit völkerrechtlich keinen Angriff da. Der Ratschlag erklärte bereits 2002: „Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnt attac ab.“ [1]

Bereich Rüstungsexporte und militärische Unterstützung anderer Staaten oder Milizen

Rüstungsexporte haben eine wichtige militärpolitische Funktion. Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung schreibt dazu: „Ursächlich für die augenscheinliche Affinität [gemeint ist hier Affinität von Regierungspolitikern] zu Waffenexporten ist nicht zuletzt der Umstand, dass der heimische Markt viel zu klein ist. Mit anderen Worten: Die deutsche Rüstungsindustrie wäre ohne Exporte schlicht nicht überlebensfähig. Solange es eine deutsche Rüstungsindustrie gibt, solange wird es also auch zwingend deutsche Rüstungsexporte geben.“ [5]

Bereich EU-Militarisierung

Die EU-Militärstrukturen ausgebaut werden, um laut EU-Thinktank EUISS die „Ströme der Globalisierung“ durch „harte Machtpolitik“ zu schützen und durch Abschottungseinsätze „die globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen abzusichern“. [6] Gleichzeitig werden dabei Militärstrukturen demokratischen Entscheidungsprozessen entzogen. Deshalb sind EU-Militärstrukturen strikt abzulehnen.

In den Bereichen Drohnen, Atomwaffen, militärische Auslandseinsätze und Rüstungsexporte sind sowohl die AG Globalisierung und Krieg aktiv als auch viele Attacies in Regionalgruppen. Es gibt auch wichtige Beschlüsse [1] und [3] und öffentliche Stellungnahmen [2] von Attac Deutschland. Die EU-Militarisierung findet sich zudem im Attac-Schwerpunkt Europa wieder.

Dafür lässt sich also gut mobilisieren, da diese Forderungen breite Unterstützung erfahren. Deswegen und wegen ihrer friedenspolitischen Bedeutung ist es wichtig, sie in den Mittelpunkt zu stellen.

- [1] Attac-Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, verabschiedet auf dem Ratschlag am 26.5.2002, ergänzt am 29.10.2006.
- [2] Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr, 23.5.2017.
- [3] Ratsbeschluss: Kein Kriegseinsatz in Syrien, 30.11.2015.
- [4] Flüchtende aufnehmen, Fluchtursachen bekämpfen, 17.12.2015.
- [5] Jürgen Wagner: Alle Rüstungsexporte stoppen! Die machtpolitische Funktion des Waffenhandels aufzeigen! 1. April 2016.
- [6] "Perspektiven für die Europäische Verteidigung 2020", Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union (EUISS), April 2011.